Die folgende amtliche Bekanntmachung der Stadt Sundern (Sauerland) ist am 30.06.2025 auf der Web-Seite der Stadtwerke Sundern <https://www.sw-sundern.de/allgemein/satzungen> veröffentlicht worden:

Betriebssatzung für die Stadtwerke Sundern vom 25.06.2025

Hinweis:

Die Bezeichnung der männlichen Form wird in dieser Satzung zur Verbesserung der Lesbarkeit gewählt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die gewählte Ausdrucksform auf alle Geschlechter bezieht.

Aufgrund der §§ 7, 41 Abs. 1 Buchstabe f) und m) und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. 1994 S. 666 /SGV. NW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05.07.2024 (GV. NRW S. 444), in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen -EigVO- vom 16.11.2004 (GV. NRW S. 644 ber. 2005 S. 15), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 05.03.2024 (GV. NRW S. 136), hat der Rat der Stadt Sundern (Sauerland) in seiner Sitzung am 17.03.2025 folgende Neufassung der Betriebssatzung für die Stadtwerke Sundern beschlossen:

§ 1

Name des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb führt die Bezeichnung „Stadtwerke Sundern“.

§ 2

Gegenstand des Eigenbetriebes

1. Die Stadtwerke Sundern werden als Eigenbetrieb auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt.
2. Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist
 - die Gewinnung und Lieferung von Trinkwasser (Betriebszweig „Wasserversorgung“)
 - die Entsorgung von Abwasser (Betriebszweig „Abwasserentsorgung“)
 - die Sammlung und Entsorgung von Abfall sowie die Wahrnehmung aller sonstigen Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (Betriebszweig „Abfallentsorgung“)
 - die Erzeugung von und ggf. Versorgung mit Elektrizität aus regenerativen Energiequellen (Betriebszweig „Regenerativen Energien“)
 - die Erzeugung von und Versorgung mit Wärme (Betriebszweig „Kommunale Wärmeversorgung“)

und alle dem Betriebszwecke dienenden Geschäfte.

§ 3

Betriebsleitung

1. Zur Leitung der Stadtwerke Sundern wird ein Betriebsleiter bestellt.
2. Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbständig geleitet, soweit nicht durch Gemeindeordnung, Eigenbetriebsverordnung oder diese Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Betriebsleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Dazu gehören alle Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung eines einwandfreien Betriebes laufend notwendig sind, insbesondere die Ausführung des Wirtschaftsplanes, der innerbetriebliche Personaleinsatz, die Anordnung der notwendigen Instandhaltungsarbeiten und der laufenden Netz- bzw. Systemerweiterungen, Beschaffungen von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Investitionsgütern des laufenden Bedarfs, die Ersatzbeschaffung von Betriebsmitteln sowie der Abschluss von Werk- und Dienstleistungsverträgen sowie von Verträgen mit Tarif- und Sonderkunden. Der Betriebsleitung obliegt zudem der Erlass von Gebühren- und Beitragsbescheiden für die jeweiligen Betriebszweige.
3. Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung der Stadtwerke verantwortlich und hat die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Für Schäden haftet die Betriebsleitung entsprechend den Vorschriften des § 48 Beamtenstatusgesetzes und des § 80 des Landesbeamtengesetzes.

4. Die Betriebsleitung wird ermächtigt Aufträge im Rahmen der verfügbaren Mittel des Wirtschaftsplanes zu vergeben. Der Betriebsausschuss ist über die Auftragsabwicklung laufend zu unterrichten.
5. Die Betriebsleitung nimmt an den Beratungen des Betriebsausschusses teil.

§ 4 Betriebsausschuss

1. Der Betriebsausschuss besteht aus 17 Mitgliedern, davon maximal sechs sachkundige Bürger, die vom Rat der Stadt Sundern auf die Dauer seine Wahlperiode gewählt werden, und zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes, die gemäß § 114 Abs. 3 GO i.V.m. der Wahlordnung für Eigenbetriebe (Eig-WO) gewählt werden.
Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen.
2. Die in den Betriebsausschuss gewählten sachkundigen Bürger und die Beschäftigten des Eigenbetriebes haben im Ausschuss die gleiche Rechtsstellung wie die übrigen Ausschussmitglieder. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit den Stadtwerken steht, oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Betriebsausschusses sein.
3. Nimmt ein Beigeordneter an den Beratungen des Betriebsausschusses teil, so kann er als Vertreter des Bürgermeisters jederzeit das Wort verlangen.
4. Der Betriebsausschuss überwacht die Tätigkeit der Betriebsleitung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.
5. Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung und die Eigenbetriebsverordnung übertragen sind. Darüber hinaus entscheidet der Betriebsausschuss in den ihm vom Rat der Stadt Sundern ausdrücklich übertragenen Aufgaben sowie in den folgenden Fällen:
 - a) Geldforderungen der Stadtwerke im Einzelfall von mehr als 25.000 € bis zu 24 Monaten und von mehr als 125.000 € bis zu 12 Monaten zu stunden,
 - b) Geldforderungen der Stadtwerke im Einzelfall von mehr als 2.500 € aus Billigkeitsgründen zu erlassen oder vorbehaltlich späterer Geltendmachung niederzuschlagen.
6. Der Betriebsausschuss berät die Angelegenheiten vor, die vom Rat zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Bürgermeister mit der oder dem Vorsitzenden des Betriebsausschusses entscheiden. § 60 Abs. 1 Satz 3 und 4 GO NRW gelten entsprechend.
7. In Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Betriebsausschusses unterliegen, kann, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, der Bürgermeister mit der oder dem Ausschussvorsitzenden oder einem anderen dem Rat angehörenden Ausschussmitglied des Betriebsausschusses entscheiden. § 60 Abs. 2 S. 2 GO NRW gilt entsprechend.

§ 5 Rat

Der Rat der Stadt Sundern entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder die Hauptsatzung vorbehalten sind. § 4 Abs. 5 dieser Satzung bleibt davon unberührt.

§ 6 Bürgermeister

1. Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der Bürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen. Dies gilt nicht für Angelegenheiten der laufenden Betriebsführung, die ausschließlich der Betriebsleitung unterliegen.
2. Die Betriebsleitung hat den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten der Stadtwerke Sondern rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Der Bürgermeister bereitet die Vorlagen für den Betriebsausschuss und den Rat im Benehmen mit der Betriebsleitung vor.
3. Glaubt die Betriebsleitung nach pflichtmäßigem Ermessen, die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Bürgermeisters nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken der Betriebsleitung nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat sie sich an den Betriebsausschuss zu wenden. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Betriebsausschuss und dem Bürgermeister erzielt, so ist die Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses herbeizuführen.

§ 7 Kämmerer

Die Betriebsleitung hat dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Zwischenberichte, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Kostenrechnungen zuzuleiten; sie hat ihm ferner auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 8 Personalangelegenheiten

1. In den Stadtwerken sind in der Regel Arbeitnehmer (Personen ohne Beamtenstatus) zu beschäftigen.
2. Die Arbeitnehmer werden auf Vorschlag der Betriebsleitung nach den für die Personalangelegenheiten der Stadt allgemein geltenden Bestimmungen eingestellt, entlassen, eingruppiert, höhergruppiert und rückgruppiert.
3. Die bei den Stadtwerken beschäftigten Beamten werden im Stellenplan der Stadt Sondern geführt und in der Stellenübersicht der Stadtwerke nachrichtlich angegeben.

§ 9 Vertretung der Stadtwerke

1. In den Angelegenheiten der Stadtwerke Sondern wird die Stadt Sondern durch die Betriebsleitung vertreten, sofern die Gemeindeordnung oder die Eigenbetriebsverordnung keine anderen Regelungen treffen.
2. Die Betriebsleitung unterzeichnet unter dem Namen der Stadtwerke ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses, die übrigen Dienstkräfte "Im Auftrag".

In den Angelegenheiten, die der Entscheidung anderer Organe unterliegen und in denen die Betriebsleitung mit der Vertretung beauftragt wird, ist unter der Bezeichnung „Der Bürgermeister - der Eigenbetrieb Stadtwerke Sondern“ unter Angabe des Vertretungsverhältnisses zu unterzeichnen.

3. Der Kreis der Vertretungsberechtigten und der Beauftragten sowie der Umfang ihrer Vertretungsbefugnis werden durch die Betriebsleitung nach den Vorgaben der Hauptsatzung der Stadt Sondern in ihrer jeweils gültigen Fassung öffentlich bekannt gemacht.

§ 10 Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 11 Stammkapital

Das Stammkapital der Stadtwerke beträgt 10.880.000 €.

§ 12 Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen

Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften sind für die Dauer der Beschäftigung von Beamtinnen und Beamten im Eigenbetrieb als Rückstellung zu bilanzieren, soweit die Stadt den Eigenbetrieb nicht gegen entsprechende Zahlungen von künftigen Versorgungsleistungen freistellt. § 37 Abs.1 KomHVO NRW gilt entsprechend.

§ 13 Wirtschaftsplan

1. Der Eigenbetrieb hat spätestens einen Monat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.
2. Mehrauszahlungen für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die den Ansatz im Vermögensplan um bis zu 25.000 € überschreiten, bedürfen der Zustimmung der Betriebsleitung. Überschreitungen von 25.000 € bis 50.000 € bedürfen der gemeinsamen Zustimmung von Betriebsleitung und Stellvertretung, Überschreitungen von 50.000 € bis 100.000 € bedürfen der Zustimmung des Bürgermeisters; Überschreitungen von mehr als 100.000 € bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung des Bürgermeisters und des Betriebsausschussvorsitzenden oder eines anderen dem Betriebsausschuss angehörenden Ratsmitglieds; der Betriebsausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.
3. Sind bei der Ausführung des Erfolgsplans erfolgsgefährdende Mindererträge zu erwarten, so hat die Betriebsleitung den Bürgermeister unverzüglich zu unterrichten. Erfolgsgefährdende Mehraufwendungen bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses, es sei denn, dass sie unabweisbar sind. Sind sie unabweisbar, so sind der Bürgermeister und der Betriebsausschuss unverzüglich zu unterrichten. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die des Bürgermeisters und des Betriebsausschussvorsitzenden oder eines anderen dem Betriebsausschuss angehörenden Ratsmitglieds; der Betriebsausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 14 Zwischenberichte

Die Betriebsleitung hat den Bürgermeister und den Betriebsausschuss vierteljährlich einen Monat nach Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Ausführung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

§ 15 Jahresabschluss und Lagebericht

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und über den Bürgermeister dem Betriebsausschuss vorzulegen.

Der Kämmerer ist rechtzeitig zu beteiligen. Mit dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht entsprechend den Vorschriften des § 289 des Handelsgesetzbuches aufzustellen; nicht anzuwenden sind die Regelungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD).

Nach Aufstellung hat eine Prüfung unter Beachtung der §§ 103, 114 Abs.1 GO NRW i.V.m. § 21 EigVO NRW zu erfolgen.

§ 16 Personalvertretung

Der Eigenbetrieb bleibt personalvertretungsrechtlich Teil der Dienststelle Stadtverwaltung Sundern, so dass der Personalrat der Stadtverwaltung Sundern auch die Personalvertretung für den Eigenbetrieb übernimmt. Es gilt das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG).

§ 17 Frauenförderung

Die landesgesetzlichen und kommunalen Vorgaben zur Frauenförderung gelten auch für den Eigenbetrieb. Dies gilt ebenso für die Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten.

§ 18 Inkrafttreten

Diese Betriebssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung für die Stadtwerke Sundern vom 17.05.2011 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung der Stadt Sundern vom 25.06.2025 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Nach § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung kann die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss des Rates vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Sundern (Sauerland), den 25.06.2025

Der Bürgermeister

gez.
Willeke